



## Brandenburger Städte ergreifen die Initiative

Die Ergebnisse des Ersten Brandenburger Stadtentwicklungstags

„Brandenburger Städte ergreifen die Initiative!“ – so lassen sich die Ergebnisse des Ersten Brandenburger Stadtentwicklungstages auf den Punkt bringen. Vertreter von 54 Brandenburger Städten trafen sich am 17. Oktober 2011 in den Räumen der IHK in Potsdam, um gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung und des Landtags sowie zahlreichen Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft die künftige Entwicklung der Brandenburger Städte zu diskutieren. Mit dem Ersten Brandenburger Stadtentwicklungstag war eine klare Positionierung der im Hinblick auf ihre Rahmenbedingungen sehr unterschiedlichen Brandenburger Städte zu zukünftigen stadtentwicklungspolitischen Fragen und Herausforderungen verbunden. Zur Diskussion stand, wie das Land Brandenburg seine struktur- und förderpolitischen Rahmenseetzungen auf eine Stärkung der Städte ausrichten kann, um die Lebensqualität, Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Städte zu erhalten und weiterzuentwickeln.

In seinem Grußwort begrüßte Ministerpräsident Matthias Platzeck die Initiative der Städte ausdrücklich, da mit dem demografischen Wandel und den sich verändernden finanzpolitischen Spielräumen künftig klare Schwerpunktsetzungen erforderlich seien. Jörg Vogelsänger, Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, ergänzte, dass es in den vergangenen Jahren unbestritten gelungen ist, die Städte in ihrer Grundsubstanz zu erneuern und zu unverzichtbaren Ankerpunkten gerade im ländlichen Raum zu entwickeln. Wie aber geht es zukünftig weiter? Aus Sicht der Städte sind die demografische Entwicklung, der Klimaschutz, der soziale Zusammenhalt und der wirtschaftlicher Strukturwandel gleichermaßen als Chancen und Herausforderungen für die Zukunft zu betrachten. Sie sind bestimmend für die künftige Landesentwicklung und damit auch die Leitthemen der weiteren Stadtentwicklung. Die zentralen Fragen der Landesentwicklung werden in den Städten entschieden. Hier konzentrieren sich Unternehmen, Hochschulen, Forschungsinstitute und Bildungseinrichtungen. Zudem wird in den Städten der überwiegende Teil der Steuereinnahmen erwirtschaftet.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand daher die Frage, wie die Städte angesichts ihrer unbestrittenen Bedeutung besser in die Bewältigung der Zukunftsaufgaben eingebunden werden können. Der Ministerpräsident plädierte für einen „zulassenden Staat“, der Innovationen und Kooperationen anstoßen und fördern soll. Voraussetzungen hierfür seien vorurteilsfreie und tabulose Diskussion und manchmal der Verzicht auf allzu enge Regelwerke. Kooperationen befürwortete auch Prof. Dr. Heinrich Mäding, Experte für Struktur- und Standortpolitik. Kooperationen zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen unter Einbindung der Bürger seien Innovationsmotoren von besonderer Güte. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Hans Georg Helmstädter als Präsident der Fachhochschule Brandenburg an der Havel die Rolle von Bildung und von Hochschulen, die jedoch nur in Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen ihre regionale und landesweite Bedeutung entfalten können. Hier müssen Synergien geschaffen, Themen gesetzt und Innovationen gemeinsam angegangen werden.

In Hinblick auf die Förder- und Strukturpolitik forderten die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften Dr. Martin Wilke, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), Friedhelm Boginski, Bürgermeister der Stadt Eberswalde und Michael Knappe, Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen



einvernehmlich Verlässlichkeit von Land und Bund sowie Vertrauen in die kommunale Handlungs- und Entscheidungskraft. Zudem seien zur Gewährleistung der kommunalen Handlungsfähigkeit Flexibilität und die Möglichkeit der Kombination von Fördermitteln wichtig. Dem stimmte Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, ausdrücklich zu und begrüßte die Unterstützung der Städte im Bemühen des Ministeriums auf EU-Ebene für die im Jahr 2014 beginnende neue EU-Haushaltsperiode eine quantitativ und qualitativ angemessene Ausstattung des Landes Brandenburg zu erreichen.

Im Ergebnis des Ersten Brandenburger Stadtentwicklungstages ist festzuhalten: Wenn das Land und die Städte an einem Strang ziehen und jeweils abgestimmt Projekte in den Städten finanziert werden, die eine gebündelte Investition in Infrastruktur, Innovation sowie Bildung und Qualifizierung darstellen, können die Städte auch weiterhin ihrer Funktion als Garanten für Wirtschaftskraft und Lebensqualität gerecht werden. Dies setzt eine auskömmliche Finanzierung der Stadtentwicklung durch EU-Fonds und Bund-Länder-Programme voraus. Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten und Jörg Vogelsänger, Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft stimmten zudem mit den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern überein, dass regelmäßige Stadtentwicklungsberichte der Landesregierung geeignet sind, um künftig die Landesperspektiven mit den Aufgaben der städtischen Entwicklung zielgerichtet zu verzahnen.

Potsdam, den 27.10.2011